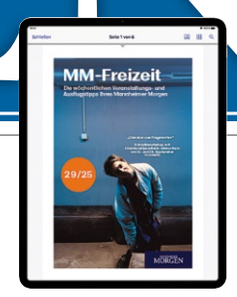
MANNHEIMER
MORGEN

BILD: DPA

EIN BESONDERES SPIEL
Vor 70 Jahren traten Fritz Walter und Co. in Moskau an ▶ Sport

HEUTE IM E-PAPER
Freizeit-Beilage mit Ausflugs- und Veranstaltungstipps



JUGENDLICHE VERSCHÖNERN SPIELPLATZ
Stadt verschiebt Sanierung: Grafitti-Sprayer gestalten Areal im Herzogenried neu ▶ Mannheim

DAS WETTER

Donnerstag	Freitag	Samstag
26/17° C	23/12° C	22/10° C
Es bleibt bedeckt	Sonne und Quellwolken	Mehr Wolken als Sonne

DONNERSTAG, 21. AUGUST 2025 · NR. 192 | UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG | D 4624 · PREIS: 3,20 €

Welches Eis liebt Mannheim?

Milcheis oder Frucht, Waffel oder Becher, im Café oder auf die Hand? Wir haben uns in der Stadt umgehört, wie die Menschen am liebsten ihr Eis genießen.

▶ Bericht Mannheim

BILD: DPA, MONIKA SKOLIMOWSKA

Anklage gegen Ex-Minister Scheuer

Justiz: Wegen einer Falschaussage vor dem Untersuchungsausschuss zum Maut-Debakel hat die Staatsanwaltschaft den ehemaligen CSU-Politiker angeklagt.

Berlin. Dem ehemaligen Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer droht im Zusammenhang mit der gescheiterten Pkw-Maut ein Prozess. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat den 50-Jährigen wegen uneidlicher Falschaussage vor dem Maut-Untersuchungsausschuss des Bundestags angeklagt. Auch gegen den ehemaligen Staatssekretär Gerhard Schulz wurde Anklage erhoben, wie Staatsanwaltschaftssprecher Sebastian Büchner der Deutschen Presse-Agentur sagte.

Die Pkw-Maut – ein Prestigeprojekt der CSU in der damaligen schwarz-roten Bundesregierung – war im Juni 2019 vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) als rechtswidrig gestoppt worden. Ein Untersuchungsausschuss hatte sich danach mit möglichen Fehlern Scheuers befasst. Der Ausschuss hatte im Dezember 2019 seine Arbeit aufgenommen und diese im Sommer 2021 abgeschlossen. In der Kritik stand vor allem, dass Scheuer Betreiberverträge zur Pkw-Maut schon Ende 2018 abschloss, noch bevor endgültige Rechtssicherheit beim EuGH bestand.

Laut Anklage sollen Scheuer und Schulz bei ihrer Befragung in dem Ausschuss „bewusste Falschaussagen“ gemacht haben. Auf Fragen Abgeordneter, ob seitens der Betreiber bei einem Treffen am 29. November 2018 angeboten worden sei, die Verträge erst nach der EuGH-Entscheidung zu unterzeichnen, sollen beide „entgegen ihrer tatsächlichen Erinnerung angegeben haben, sich an ein solches Verschiebungsangebot nicht erinnern zu können“, so die Staatsanwaltschaft.

Der ehemalige CSU-Minister weist den Vorwurf weiterhin zurück. „Es ist richtig: Herr Scheuer tritt diesem Vorwurf nachdrücklich entgegen“, sagte Scheuers Rechtsanwalt Daniel Krause.

Grüne kritisieren Rechtsverständnis

Zuvor hatte sich der 50-Jährige bereits in der „Bild“ zu den Vorwürfen geäußert und die Anklage als „nicht nachvollziehbar“ bezeichnet. „Die Motive und der Zeitpunkt für die Anklage sind mir unverständlich und erscheinen mehr politisch motiviert“, so Scheuer zur „Bild“. Der Sprecher der Staatsanwaltschaft wies den Vorwurf einer politischen Motivation zurück.

Der ehemalige Minister werde sich darüber hinaus nicht weiter äußern, sagte sein Anwalt. Dies gelte auch für den Mitangeklagten Schulz (59). Auch der frühere Staatssekretär bestreitet den Vorwurf nach übereinstimmenden Angaben von Verteidigung und Staatsanwaltschaft.

Als ehemaliger Bundesminister zu behaupten, dass das Verfahren politisch motiviert sei, „ist ein unerhörter Angriff auf unseren Rechtsstaat“, empört sich der rechtspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Helge Limburg. „Es reiht sich aber leider nahtlos in das aktuelle Verhalten verschiedenster CSU-Politiker ein“, fügte er hinzu und verwies in diesem Zusammenhang unter anderem auf ein Berliner Gerichtsurteil zu Grenzkontrollen.

Scheuer hat im April 2024 sein Bundestagsmandat niedergelegt. Er hat inzwischen eine Beratungsfirma gegründet. Der deutsche Staat musste infolge des Maut-Debakels 243 Millionen Euro Schadenersatz an die einst vorgesehenen Betreiber zahlen. Das hatte eine Verständigung nach einem Schiedsverfahren ergeben.

Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder (CDU) wollte die Anklage gegen Scheuer nicht kommentieren. Auf die Frage, wie er das Vorgehen des früheren Ministers bei der Maut bewerte, sagte Schnieder: „Das ist aufgearbeitet worden durch den Untersuchungsausschuss. Hier gibt es jetzt offensichtlich strafrechtliche Ermittlungen oder es wird dann ein Verfahren geben. Das wird Gerichtssache.“ *dpa*

▶ Kommentar Politik

Giftanschläge auf Bäume

Ermittlungen: Mehrere Fälle in der Region beschäftigen Polizei.

Rhein-Neckar. In der Region hat es mehrere Giftanschläge auf Bäume gegeben. Sowohl in der Pfalz als auch in Südhessen wurden nach Angaben der zuständigen Polizeipräsidien Platanen und Eichen angebohrt und mit Herbiziden „gespritzt“. Die Vorgehensweise ähnelte sich in allen Fällen, die Ermittler gehen wegen der großen Distanzen jedoch nicht von Serientätern aus. Verdächtige konnten bislang nicht ermittelt werden. Generell gestaltet sich die Aufklärung laut Polizei schwierig, da es weder Zeugen noch eine klare Motivlage gebe. Dass Bäume vergiftet werden, ist kein neues Phänomen, in der Region in dieser Häufung aber noch nicht vorgekommen. *jei*

▶ Bericht Metropolregion

Reaktionen auf Morddrohung

Oberbürgermeister-Wahlkampf: Die AfD zeigt sich nur zum Teil bestürzt über rhetorische Exzesse.

Von Stephan Alfter

Ludwigshafen. Nachdem am Dienstagnachmittag Morddrohungen gegen die Ludwigshafener Oberbürgermeisterin Jutta Steinruck (parteilos) und die Mitglieder des dortigen Wahlausschusses bekannt geworden sind, wird die Stadtchefin in den kommenden Tagen verstärkt von der Polizei begleitet.

Am 5. August hatte der Wahlausschuss entschieden, den AfD-Kandidaten Joachim Paul nicht als Bewerber um das Oberbürgermeisteramt zuzulassen, weil fraglich war, ob er grundsätzlich auf dem Boden der Verfassung steht. Das leitete das Gremium unter anderem aus nachgewiesenermaßen intensiven Kontakten in rechtsextreme Kreise ab. Paul selbst wird im Bericht des Verfassungsschutzes aus dem vergangenen Jahr namentlich genannt als jemand, der den rechten Vorfeldorganisationen und rechtsradikalen Burschenschaften nahesteht. Der Kreisverband der AfD Ludwigshafen zeigte sich in Person seines Sprechers, Johannes Thiedig, am Mittwoch bestürzt über die Morddrohungen gegen Steinruck und andere. Von Joachim Paul war kein Wort des Bedauerns zu hören. Er legte den Telefonhörer auf, als diese Redaktion ihn erreicht hatte.

Jutta Steinruck wird in den kommenden Tagen in der Öffentlichkeit von der Polizei geschützt. Es gibt Morddrohungen gegen sie. BILD: UWE ANSPACH/DPA

▶ Bericht Metropolregion

Rechtsportal mit KI

Technologie: Neuer Investor für dejure.org aus Mannheim.

Mannheim. Das französische Unternehmen Doctrine steigt bei der Mannheimer Rechtsdatenbank dejure.org ein. Die Kombination der juristischen Künstlichen Intelligenz (KI) mit der Datenbank von dejure.org solle das Arbeiten von Juristen effizienter und schneller machen, erklärte Doctrine-Chef Guillaume Carrère. Doctrine hat bereits ein Ingenieur- und Produktteam für Deutschland aufgebaut, noch in diesem Jahr soll es auf mehr als zehn Beschäftigte wachsen. Wie viel Geld das französische Unternehmen in die Hand nimmt, dazu gibt es keine Angaben. Mittelfristig könnte Doctrine dejure.org sogar komplett übernehmen. *jung*

▶ Bericht Wirtschaft regional

KOMMENTAR

Stephan Alfter zu Morddrohungen in Ludwigshafen

Schämen Sie sich, Herr Paul!

Seit dem 5. August vergeht kein Tag, an dem Joachim Paul die Welt um ihn herum nicht rebellisch macht. Er, der kleine betrogene AfD-Kandidat, gegen das große „Altparteienkartell“ mit einer zwar parteilosen, aber angeblich rot lackierten Ludwigshafener Oberbürgermeisterin namens Steinruck. Er hetzt, lügt und droht – und wenn er es nicht selbst macht, dann schreit sein Pfälzer Parteifreund Bernd Schattner aus Annweiler am Trifels in die Echokammern des Internets. Der Bundestagsabgeordnete schwadroniert dann über die Demokratie, die leise stirbt, weswegen alle nun für Joachim Paul in den Kampf ziehen müssten.

Seit mehr als zwei Wochen geht das so. Jeden Tag. Jetzt sind die ersten Kämpfer losgelaufen – anonym natürlich. Und haben Menschen mit dem Tod bedroht, die größtenteils politisch im Ehrenamt tätig sind und von ihren jeweiligen Parteien in den Wahlausschuss entsandt worden sind – was die AfD übrigens schlichtweg versäumt hat. Diese Menschen und ihre Familien, deren Namen ein regionales Online-Medium trotz erahnbarer Konsequenzen jüngst dann auch noch prominent auf einem Silbertablett servierte, leiden jetzt unter Angstzuständen und überlegen sich, ob sie sich am Wochenende noch auf die Dorfkerwe trauen.

Und während ein großer Teil der Gesellschaft diese Entwicklung bedauert und womöglich mal kurz innehält, stichelt Paul wenige Stunden nach Bekanntwerden dieser Vorgänge weiter und verhöhnt auf den AfD-Kanälen den Staat und seine Parteien. Will sagen: Die rhetorischen Angriffe in Ludwigshafen sind mit Sicherheit auch ein Resultat einer Kommunikationsideologie, die zersetzend und aufstachelnd wirkt. „Tod dem grün-rot-schwarzen Ungeziefer“ hat jemand an den Wahlausschuss geschrieben. Das klingt wie 1933.

Währenddessen machen die so verhöhnten „Altparteien“ tatsächlich Haustürwahlkampf. Sie bemühen sich um eine Fehleranalyse und um Lösungen für die Stadt. Sie laden zu Veranstaltungen ein. Sie haben ein Wahlprogramm entworfen, das man nachlesen kann. Joachim Paul hat hingegen nahezu nichts für seine Kandidatur getan. Ein ernstzunehmendes Programm ist nirgendwo nachzulesen. Die AfD Ludwigshafen erwähnt ihn auf ihrer Homepage mit keinem Wort. Für was steht der Mann eigentlich? Der Koblenzer stellt sich lediglich in seiner Heimat vor ein Haus und produziert Videos, die vom Ende der Demokratie in Ludwigshafen faseln. Konstruktiv ist da gar nichts. Schämen Sie sich, Herr Paul!

Schnell gefunden
Familienanzeigen Seite 21
Fernsehprogramm Seite 22

Abonnement-Service
Tel.: 06 21/3 92-22 00 Kundenservice@mannheimer-morgen.de
Fax: 06 21/ 3 92-14 00

Anzeigen-Service
Tel.: 06 21/3 92-11 00 Anzeigen@haas-mediengruppe.de
Fax: 06 21/3 92-14 45

MM-Service & MeinMorgen-Shop
Tel.: 0621/392-2200 Dudenstraße 12-26
Mo.-Do. 9-16 Uhr

4 190462 403207 40134